

An das
Bundesministerium für Finanzen
z. Hd. Frau Mag. Judith Herdin-Winter
Himmelpfortgasse 4 – 8/Abtlg. IV/4
Postfach 2
1015 Wien
elektronisch voraus an: e-Recht@bmf.gv.at

Wien, am 13. September 2006 GH/sst/IDBG.doc

Betrifft: Stellungnahme zum Internationalen Doppelbesteuerungsgesetz (IDBG) (GZ. BMF-010221/0364-IV/4/2006)

Sehr geehrte Frau Mag. Herdin-Winter!

Die Industriellenvereinigung begrüßt die Schaffung eines Bundesgesetzes inkl. Verordnungsermächtigung zur Vermeidung der internationalen Doppelbesteuerung auch gegenüber jenen ausländischen Territorien, die Steuern erheben, aber denen nach den Grundsätzen des Völkerrechts keine Völkerrechtssubjektivität zukommt und somit der Abschluss eines Internationalen Abkommens nicht möglich ist.

Das geplante Bundesgesetz erhöht die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes, da Investitionen österreichischer Unternehmen (bzw. ausländischer Unternehmen in Österreich) in jene wirtschaftlich relevanten Märkte - wie z.B. Taiwan - (steuer-)rechtlich abgesichert werden.

Gegen den Entwurf bestehen keine inhaltlichen Vorbehalte, ausgenommen zu § 3, in dem der "große Informationsaustausch" vorgesehen ist. Wie wir in unseren Stellungnahmen diesbezüglich wiederholt anmerken, bevorzugt die Industriellenvereinigung im Verhältnis zu Ländern (hier: Territorien), deren Rechts- und Verwaltungssystem nicht den OECD-Standards entspricht, den "kleinen Informationsaustausch", um die Gefahr der Weitergabe unternehmensrelevanter (Steuer-)Daten möglichst gering zu halten.

Wir verbleiben mit freundlichen Grüßen

INDUSTRIELLENVEREINIGUNG

Dr. Wolfgang Seitz

Bereichsleiter

Mag. Gernot Haas Projektleiter

> Schwarzenbergplatz 4 A-1031 Wien

+43-1-711 35-0

<u>+43-1-711 35-2910</u>

www.iv-net.at